

Berlin spart seine Zukunft krank

Stellungnahme der Studierendenschaft der Charité zu den geplanten Kürzungen des Senates

Berlin, den 10. September 2025

Sehr geehrte Berliner:innen,
sehr geehrte Mitglieder des Abgeordnetenhauses von Berlin,

Wir Studierenden der Charité – Universitätsmedizin Berlin wenden uns mit tiefer Sorge an Sie. Die geplanten Einsparungen in der Hochschulfinanzierung treffen nicht nur eine der bedeutendsten Ausbildungsstätten für Gesundheitsberufe in Deutschland, sondern auch die gesundheitliche Versorgung Berlins. Damit wird die Zukunft von uns allen gefährdet.

1. Sparen an der Ausbildung gefährdet die Zukunft der Gesundheitsversorgung

Die Folgen des Fachkräftemangels im Gesundheitswesen sind bereits heute deutlich spürbar: Es fehlen Ärzt:innen, Hebammen, Zahnärzt:innen, Pflegekräfte und weiteres qualifiziertes Personal in Gesundheitsberufen. Gerade jetzt an der Ausbildung zu sparen, halten wir für unverantwortlich und kurzsichtig. Durch die Sparvorgaben des Berliner Senats ist die Charité gezwungen, Lehre und Studienplätze zu reduzieren – mit weitreichenden Folgen. So müssen in einigen Studiengängen die Zulassungszahlen um bis zu 50 % gekürzt werden, andere stehen komplett ohne Finanzierung da. Neben dem Abbau der Ausbildungskapazitäten führt dies auch zu einer Verkleinerung des akademischen Mittelbaus, der für Forschung, Lehre und Qualitätssicherung unverzichtbar ist. Diese Einschnitte bringen langfristig Probleme mit sich, die sich dann nicht mehr kurzfristig beheben lassen. Was als „Konsolidierung“ bezeichnet wird, ist in Wahrheit ein gefährlicher Rückschritt. Die medizinische Versorgung in Berlin leidet schon jetzt unter dem Personalmangel, den der demografische Wandel mit sich bringt. Wenn an der Ausbildung gespart wird, verschärft sich diese Krise nachhaltig.

2. Privatisierung durch Kürzungen schwächt Chancengleichheit

Wenn staatlich finanzierte Studienplätze gestrichen werden, füllen private Anbieter zunehmend die Lücken. Wer sich diese hohen Kosten leisten kann, studiert – wer nicht, bleibt außen vor. So entsteht eine Zwei-Klassen-Ausbildung im Bereich der Gesundheitsberufe. Das widerspricht dem Grundsatz sozialer Gerechtigkeit. Bildung darf nicht vom Einkommen abhängen. Dieses Versprechen war immer Teil einer solidarischen Bildungspolitik. Wir fordern dazu auf, daran festzuhalten und den Rückzug des Staates aus der medizinischen Ausbildung zu stoppen.

3. Soziale Infrastruktur für Studierende wird geschwächt

Die geplanten Kürzungen beim Studierendenwerk Berlin treffen viele Studierende direkt. Weniger Wohnheimplätze, steigende Preise in den Mensen und ein eingeschränktes Beratungsangebot machen das Studium für viele zur Belastung. Besonders hart trifft es Studierende ohne finanzielle Rücklagen. Wer Bildungsgerechtigkeit ernst nimmt, muss auch dafür sorgen, dass die soziale Infrastruktur erhalten bleibt.

4. Vertrauen in Politik durch Vertragsbruch aufs Spiel gesetzt

Der Hochschulvertrag mit der Charité wurde erst vor Kurzem geschlossen. Die jetzt geplanten Kürzungen widersprechen den vereinbarten Zielen und Finanzierungen deutlich. Das ist nicht nur ein Verstoß gegen die gemeinsamen Absprachen, sondern auch ein klarer Vertrauensbruch. Wir verstehen, dass die finanzielle Lage angespannt ist, doch Einsparungen in der Ausbildung sind der falsche Weg. Gerade in der aktuell angespannten politischen Situation wäre ein weiterer Vertrauensverlust der jungen Generation in die Politik fatal. Ein möglicher Änderungsvertrag darf nicht wieder zu Lasten der Studierenden gehen. Wenn Vereinbarungen heute getroffen und morgen wieder aufgehoben werden, stellt das die Verlässlichkeit der Berliner Politik ernsthaft in Frage.

Als Studierende der Charité appellieren wir daher eindringlich: Setzen Sie sich bei den Lesungen im Abgeordnetenhaus entschieden für die Ausbildung von Gesundheitsberufen an der Charité ein. Sie handeln damit im Interesse der gesamten Berliner Bevölkerung. Denn eine gute und verlässliche Ausbildung ist die Grundlage für eine funktionierende Gesundheitsversorgung in unserer Stadt. Verzichten Sie in diesem wichtigen Bereich der Gesundheitsfürsorge auf weitere Kürzungen und stärken Sie die Ausbildung im Gesundheitswesen. So zeigen Sie, dass Berlin weiterhin für soziale Gerechtigkeit, verlässliche Bildungspolitik und eine solidarische Gesundheitsversorgung steht.

In Sorge und mit Nachdruck,



Maximilian Stahnke und Lucia Bechtle
Sprechende

Athanassia Skaltsas und Marlene Koopmann
ehem. Sprechende
FSI Medizin Charité Berlin



Vertreterin der FSI Angew. HebWi Charité Berlin

Maxim Kerschbaumer
Vorstandsvorsitz
SVZM Charité Berlin

Vera Martiny und Jesper Ebber
Co-Sprechende
FSI Pflege Charité Berlin



Umut Mehmet Eke
Fachschaftsmitglied FSI



Niklas Rupp
Sprecher
FSR GeWi & HPE Charité Berlin